

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Hauptkommands und des Bezirkschulamts zu Bautzen sowie des Finanzamts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindebehörden bestellungsweislich bestimmte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt - Heimatkundliche Beilage - Frau und Heim - Landwirtschaftliche Beilage - Druck und Verlag von Friedrich Max, G. m. b. H. in Bischofswerda. - Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgroßkassa Bischofswerda Konto Nr. 64

Ercheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Drei Mark halbjährlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Streitbarer Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Veränderung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanordnungen - hat der Bezahler keinen Anspruch auf Wahrung oder Rücklieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 45 mm breite einpaltige Millimeterzeile 6 Pf. Im Letztteil die 90 mm breite Millimeterzeile 20 Pf. Nachtrag nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erhalten von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. - Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 244

Donnerstag, den 18. Oktober 1934

89. Jahrgang

## Tageschau.

Am Mittwoch spät abends wurde an der Bahnstraße Teuchowitz-Jüterbog der mit Arbeiter besetzte Anhänger eines Lastkraftwagens von einem Personenzug erlegt und umgeworfen. Von den Insassen wurden vier getötet, sieben schwer und fünf leicht verletzt.

Der Außenminister des „Echo de Paris“, Verhaeg, will an zuständiger Stelle die Versicherung erhalten haben, daß sich an der Außenpolitik Frankreichs unter Leitung Laval nichts ändern werde, und daß insbesondere eine direkte Verständigung mit Deutschland hoffnungslos sei. Er befürwortet ein baldiges Zusammen mit Sowjetrußland und Verständigung mit Italien.

Im marxistischen „Populaire“ bemerkt Leon Blum die Gelegenheit des Marceller Anschlages, um ohne längere Vorrede den „internationalen Faschismus“ für die Ermordung König Alexanders verantwortlich zu machen. Der italienische Faschismus und sein Führer seien auf frischer Tat ertappt worden.

Nach dem „Echo de Paris“ wird der französische Ministerpräsident nach dem Zusammentritt des Parlaments in beiden Häusern logisch ein Sofortprogramm einbringen. Die Annahme dieses Programms werde die Bedingung für sein weiteres Verbleiben an der Spitze der Regierung sein.

In der japanischen Stadt Kobe wurden englischfeindliche Flugblätter des Bundes sozialistischer Jugendverbände in großer Zahl an Mauern und Telegraphenmasten angeheftet. Die Flugblätter fordern auf, die Engländer, diese Störenfriede Afrikas, hinauszuwerfen.

➔ Ausführliches an anderer Stelle.

gefährte Welt und Wortlaut der Steuergesetze, die von der Reichsregierung verabschiedet worden sind. In diesen Gesetzen, soweit es sich um das unmittelbare Verhältnis der Steuerpflichtigen zum Staat handelt, kommt zum Ausdruck, daß der neue Staat mit allen Mitteln die Keimzelle eines Volkes, die Familie, sichern, schützen und fördern will. Der Volksgenosse, der für eine Familie zu sorgen hat, ist nicht mehr der Steuerpflichtige schlechthin, der einfach Kopfsteuern nach der Höhe seines Einkommens zu entrichten hat, er wird vielmehr vom Staat besonders beachtet und unterstützt. Diese Unterstützung bemittelt sich nach der Zahl der Kinder, denn wenn ein Staat, wenn ein Volk leben und gedeihen will, dann muß das Wachstum gesichert sein. Diese Sicherung wird nicht dadurch erreicht, daß mit mechanischer Gleichmachelei Steuerabläge für einzelne Kinder gewährt werden, sondern hier muß der Aufbau einer Familie nach der Kopfgeldzahl, also nach dem Wert für Volk und Staat Berücksichtigung finden. Das geschieht auch in einer Weise, daß die Gesamtheit operieren muß, um zahlenmäßig starke Familien sozial und wirtschaftlich zu sichern. Darüber hinaus trägt der Staat Sorge, daß die Familie sich sozial und finanziell sichern kann, um nicht nur für eine Geschlechterfolge da zu sein, sondern auch für kommende Geschlechter. Darum erzählt die Familie eine Bevorzugung bei der Vermögenssteuer, eine Bevorzugung, die auch ausgedehnt ist auf die Erbschaftsteuer, soweit es sich um die unmittelbaren Vorfahren handelt. Bevölkerungspolitische Grundzüge dieser Art sind zwar von der Finanzwissenschaft schon früher gefordert worden, aber ihre Durchführung ist erst dem neuen Deutschland vorbehalten geblieben.

Nach der Sicherung der Familie konnte die steuerrechtliche Entlastung der Wirtschaft um so wirksamer in Angriff genommen werden. Auch hier ist die Entlastung da angelegt, wo der Druck am härtesten war, nämlich an den Gelenken der Wirtschaft. Die Umsatzsteuer ist gewiß eine Steuer, die einen sehr hohen Ertrag bringt, die als solche neben der Einkommensteuer auch das Rückgrat der Finanzpolitik bildet. Aber die Umsatzsteuer ist so, wie sie aus der Novemberzeit übernommen wurde, eine rohe Steuer gewesen, die technischen Verbesserungen und Verfeinerungen an vielen Stellen zugänglich war. Diese Verbesserungen, die die Umsatzsteuer leicht und beweglich machen, die ihr das Gepräge nehmen, die Gelenke der Wirtschaft zu belasten sowie preissteigernd zu wirken, sind nunmehr vorgenommen worden. Vor allem durch eine ausgiebige Entlastung, die bis zu 75 v. H. steigt, sodann durch eine Anpassung der Umsatzsteuer an die Technik des wirtschaftlichen Verkehrs. Weiter hat der neue Staat Mittel und Wege gefunden, um es der Wirtschaft möglich zu machen, den technischen Apparat allgemein zu überholen, wobei für diese Ueberholung Steuerentlastungen in großem Umfang zugestanden werden. Alle diese Maßnahmen haben den Steueraufbau vereinfacht, zum Wert darauf gelegt worden ist, die Gesetzespraxis so klar wie möglich zu halten. Jeder Steuerpflichtige soll sich selbst zurechtfinden, was sich durchaus erreichen läßt, zumal dann, wenn der gesamte Steueraufbau in gleicher Weise und in gleichem Sinne durchgeführt wird. Dann aber ist die Steuer auch keine Last, sondern der Beitrag für den Staat, der Wohlfahrt und Gedeihen, Ordnung und Sicherheit gewährleistet.

## Vollständige Steuerpolitik.

In verhältnismäßig kurzer Zeit ist es möglich gewesen, auch steuerrechtlich und finanzpolitisch mit Maßnahmen und Befehlen vorzugehen, wie sie durch die Verbundenheit von Volk und Staat bedingt sind. Was an Steuern und Abgaben aufgebracht wird, soll in einem geordneten Staatswesen an sich nur dazu dienen, um die Verwaltung in umfassendem Sinne zu sichern. Im Novemberstaat war es wesentlich anders, denn die Steuer- und Finanzpolitik war nicht Zweck, um dem Staat zu dienen, sondern ein Mittel, um bestimmte parteipolitische Grundzüge durchzuführen. Das fand seinen Ausdruck darin, daß schon 1930 über 60 v. H. des gesamten Volkseinkommens irgendwelche von der öffentlichen Hand erfaßt wurden, so daß für die Kapitalbildung kein Raum blieb. Aus dieser Steuerpolitik für die öffentliche Hand entwickelte sich eine wachsende Belastung von Volk und Wirtschaft mit Steuern aller Art, was nicht wenig zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise beitrug. Gegen diese Finanzpolitik der öffentlichen Hand hatte sich von jeher die messerscharfe Kritik des Nationalsozialismus gerichtet, denn ein Volk und eine Wirtschaft, die übersteuert sind, können nicht ihre Aufgabe, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu sichern, erfüllen. Nun aber war im Novemberstaat das Finanz- und Steuerwesen so unübersichtlich, so verwickelt, daß es nicht einfach war, Ordnung und Durchsicht zu schaffen. Es mußte also schrittweise vorgegangen werden, es mußte ein Steuerumbau da erfolgen, wo der Druck am stärksten und schwersten war.

Es mußte aber noch mehr geschehen, um den Umbau des Steuerwesens zu sichern: nämlich den öffentlichen Haushalt in Ordnung zu bringen. Was in dieser Hinsicht seit dem Frühjahr 1933 geleistet worden ist, macht die Tatsache an sich schon klar, daß es im Novemberstaat überhaupt nicht möglich gewesen war, ein Reichshaushaltsgesetz rechtzeitig herauszubringen. Auch mit dieser Summe hatte das neue Deutschland sofort gebrochen, denn es gelang schon 1933 den Reichshaushalt vorläufig aufzustellen, so daß dieser Reichshaushalt für 1934/35 nach allen Seiten hin- und schiefst ausgearbeitet werden konnte. Die Genehmigung, die nicht nur die Reichsregierung darüber empfindet, sondern das ganze deutsche Volk, läßt sich auch in der Feststellung des Staatssekretärs Reinhardt erkennen, daß das Steuerreformprogramm im Haushaltsjahr 1934/35 voraussichtlich bei zehn Milliarden Mark liegen werde. Das ist gegen das Haushaltsjahr 1933/34 ein Mehraufkommen von über 1 Milliarden Mark, die auch dann bleibt, wenn der Ertrag der Schlachtsteuer abgezogen wird. Wer so sorgfältig berechnet und gewirkt hat, wem es gelungen ist, den öffentlichen Haushalt in Ordnung zu bringen, der kann auch daran gehen, das verwickelte und verwaschene Steuerwesen zu durchforsten und neu aufzubauen. Seit dem Frühjahr 1933 sind ja schon Änderungen vorgenommen worden, aber sie konnten nach Lage der Sache nur Stückwerk sein und bleiben, weil es vor allem darauf ankam und ankommt, einen Neubau im Sinne nationalsozialistischer Wirtschaftsführung zu errichten. Wie das aufzufassen und zu verstehen ist, das zeigt un-

## Sofortprogramm in Frankreich.

Einberufung der Kammer zum 6. November.

Paris, 18. Oktober. (Eig. Funkmeldg.) Wie bereits gemeldet, wird der Ministerpräsident die Kammer am 6. November einberufen. Das Programm des Ministerpräsidenten folgt der stets gut unterrichtete Innenminister des „Echo de Paris“ dahin zusammen, daß Doumergue auf der sofortigen Einberufung der Nationalversammlung bestehen und den Haushalt erst anschließend verabschieden lassen werde. Er werde in beiden Häusern logisch sein Sofortprogramm einbringen und ein weiteres Verbleiben an der Spitze der Regierung von der Annahme dieses Programms abhängig machen. Entgegen gewissen hoffnungslosen Gerüchten bestehe gute Aussicht, daß sie sowohl in der Kammer als auch im Senat erfolgen werde. Es treffe auch nicht zu, daß Doumergue, um dieses Ziel zu erreichen, gewisse Änderungen vorgenommen habe und sich insbesondere hinsichtlich des Rechts auf Auflösung der Kammer ohne Hinzuziehung der Kammer zu Zugeständnissen bereit erklärt habe.

## Verschärfung des Barhouthurses in Frankreich?

Vertinax' außenpolitische Hoffnungen

Paris, 18. Oktober. (Eig. Funkmeldg.) Der Außenminister des „Echo de Paris“, Vertinax, hat sich durch die veröffentlichten im Umlauf befindlichen Gerüchte über einen angeblichen Kurswechsel der französischen Außenpolitik unter der Leitung des neuen Außenministers Cavalbeunruhigt gefühlt und sich deshalb an die „zuständige Stelle“ begeben, um einige Fragen zu stellen. Die Antworten haben ihn schließlich beruhigt. Wie sie sich in seinem Kopf widerspiegeln, ist aus dem heutigen Beitrag des „Echo de Paris“ ersichtlich. Vertinax hat die Versicherung erhalten, daß die französische Außenpolitik so wie sie von Barthou bisher betrieben worden sei, nicht nur keine Änderung erfahren, sondern im Gegenteil noch aktiviert werden solle. Es handele sich darum, so fährt er fort, „den Frieden zu retten“, und die Frage sei, ob man, um dieses Ziel zu erreichen, eine unmittelbare Verständigung mit Deutschland suchen müsse. Dies erklärt er jedoch für ein hoffnungsloses Werk, das außerdem mit großen Gefahren verbunden sei. Das nationalsozialistische Regime bedeute ein Deutschland, „in dauerndem Robustierungsprozess“. Um sich mit Deutschland verständigen zu können, müsse sich Frankreich zu der Erklärung bereit finden, daß seine Interessen am Rhein aufgehört und daß Deutschland freie Hand in Mitteleuropa habe. Eine solche

Politik würde aber die Isolierung Frankreichs bedeuten und es sei un schwer, sich die Folgen ausdenken. Ohne sich selbst zu verraten, könne Frankreich die Verträge nicht verraten. Eine Verständigung mit Deutschland sei zwar das Endziel der französischen Politik, aber nur mit einem Deutschland, „das die internationalen Gesetze achtet“. (1)

Was die Frage einer französisch-russischen Annäherung angeht, so würde nicht länger gezögert werden. Selbst diejenigen, die einer solchen Annäherung nicht freundlich gegenüberstünden, könnten heute nicht mehr auf diesen Plan verzichten; denn eine Abkehr Frankreichs von Sowjetrußland würde notwendigerweise eine deutsch-russische Annäherung zur Folge haben. Es gehe deshalb darum, ein Abkommen abzuschließen, jedoch mit Vorsicht und Weitsicht. Man könne z. B. auf dem Gebiete der Luftfahrt eine Form für eine enge Zusammenarbeit finden.

Was Italien angeht, so erlaubten es die augenblicklichen Umstände nicht, die beabsichtigte Komreise zu unternehmen. Die diplomatischen Verhandlungen würden aber mit um so größerer Energie fortgesetzt. Frankreich sei entschlossen, Italien in den afrikanischen Fragen gewisse Zugeständnisse zu machen, aber nur unter der Voraussetzung, daß Rom seine Beziehungen zu den französischen Freunden in Mitteleuropa regelt; denn ohne eine solche Regelung könne Frankreich nicht mit Italien zusammenarbeiten.

Bezüglich der Saarfrage habe Barthou bereits in Genf erklärt, daß der Regierungsausschuss des Saargebietes gegebenenfalls über die französischen Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung verfügen könne. Dieser Standpunkt habe sich nicht geändert. Die Wahllisten würden nach dem Genfer Beschluß überprüft und behandelt.

## Unverantwortliche Hehe in der französischen Marxistenpresse.

Paris, 18. Oktober. (Eig. Funkmeldg.) Die „Ere Nouvelle“ verlangt restlose Aufklärung der Hintergründe des Marceller Anschlages und sieht die einzige Möglichkeit in der Annullierung des Völkerbundes. Das Blatt schreibt u. a.: Wir wollen sicherlich nicht glauben, daß gewisse ausländische Staaten bei dem Marceller Drama mitverantwortlich sind. Damit die Weltöffentlichkeit aber aufgeklärt werden kann und um gewissen Gerüchten entgegenzutreten zu können, muß der Völkerbund handeln und sprechen.

Im marxistischen „Populaire“ bemerkt Leon Blum die Gelegenheit des Marceller Anschlages, um ohne längere Vorrede den „internationalen Faschismus“ für die Ermordung des südschwedischen Königs verantwortlich zu machen. Alle Vorsichtsmaßnahmen der Regierung und die Wutausbrüche der reaktionären französischen Presse könnten es nicht verhindern, daß der italienische Faschismus und sein Führer auf frischer Tat ertappt worden seien. Der Marceller Anschlag sei eine Angelegenheit des internationalen Faschis-